[1314 A]

**Bekanntmachung
eines Beschlusses
des Gemeinsamen Bundesausschusses
über eine Änderung der Geschäftsordnung:
Beschleunigung von Verfahren
im Bereich Arzneimittel**

Vom 20. Oktober 2011

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat in seiner Sitzung am 20. Oktober 2011 beschlossen, die Geschäftsordnung (GO) in der Fassung vom 17. Juli 2008 (BAnz. S. 3256), zuletzt geändert am 17. Dezember 2009 (BAnz. 2010, S. 1149), wie folgt zu ändern:

I.

§ 12 Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„²In dringenden Fällen kann von der Frist abgewichen werden, dies gilt insbesondere für fristgebundene Entscheidungen nach § 20d Abs. 1, § 34 Abs. 6, §§ 35a und 35c Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 SGB V.“

II.

§ 13 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

1. Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„¹Die Beratungsunterlagen sind spätestens 14 Kalendertage vor der Sitzung (Eingabefrist) zu versenden; Beratungsunterlagen nach § 35a SGB V spätestens drei Tage vor der Sitzung.“

2. Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„⁶Die Sätze 1, 3 und 4 gelten nicht für Beratungsunterlagen zu Entscheidungen nach § 20d Abs. 1, § 34 Abs. 6 und § 35c Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 SGB V.“

III.

In § 19 wird nach Absatz 6 folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) ¹Für die Beratung eines festgelegten Teils seiner Aufgaben, insbesondere fristgebundene Aufgaben nach § 20d Abs. 1, § 34 Abs. 6, §§ 35a, 35c Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 SGB V kann der Unterausschuss Arzneimittel einstimmig beschließen, in kleiner Besetzung zu tagen und zu beschließen. ²An dem Unterausschuss nehmen dann abweichend von Absatz 1 und § 18 Abs. 5 Satz 1 die oder der unparteiische Vorsitzende, je vier Mitglieder jeder Seite (§ 14 Abs. 2 Satz 2) sowie vier Patientenvertreterinnen oder Patientenvertreter teil unter Hinzuziehung einer weiteren Beraterin oder eines weiteren Beraters je Mitglied.“

IV.

Die Änderungen der Geschäftsordnung treten am Tag nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Die tragenden Gründe zu diesem Beschluss werden auf der Homepage des Gemeinsamen Bundesausschusses unter www.g-ba.de veröffentlicht.

Berlin, den 20. Oktober 2011

Gemeinsamer Bundesausschuss
gemäß § 91 SGB V
Der Vorsitzende
H e s s